

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 27. September 2008

118. Jahrgang Nr. 31.686

Tour de New York PR-Feldzug der Präsidentin

Buenos Aires (AT/kat) – Vergangene Woche reiste die Präsidentin Cristina Kirchner mit ihrem Gefolge nach New York. Oberstes Ziel: Argentinien vor der Welt so stark und florierend wie möglich zu präsentieren. Um sein Ansehen in der Welt zu verbessern und Investoren zu finden.

Montag: „Die USA müssen künftig eine andere Position gegenüber Südamerika einnehmen“, forderte Cristina Kirchner bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt in New York am Montag vor dem Council of Foreign Relations. Dies war nicht das einzige Mal, dass sie in ihrer Rede die US-Regierung in Frage stellte. Darüber hinaus kritisierte sie die einseitige Reaktion der USA auf die Anschläge vom 11. September heftig: „Das hat nicht nur der gesamten Welt geschadet, sondern auch den eigenen Interessen der USA.“ Die USA hätten damit ihr weltweites Ansehen geschädigt und die gesamte Welt unsicherer gemacht. Kirchner forderte, dass sich der nächste US-Präsident unbedingt mehr um Multilateralität bemühen müsse.

Darüber hinaus wies sie auch auf die erfolgreichen Aktivitäten der Unión Sudamericana de Naciones (UNASUR) in Bezug auf die aktuellen Krisen in Südamerika hin. „Wir als Schwellenländer haben es geschafft ein Wachstum zu verzeichnen, die Lebensqualität unserer Bürger zu verbessern und mit Diplomatie und Multilateralität Konflikte zu regulieren“, verkündete Kirchner. Besonders Argentinien habe sich nach der Krise 2001 um mehr Integration in



‘Canje’ war das Schlagwort beim New York Besuch der Präsidentin - hier bei ihrer Rede vor der UN-Generalversammlung

der UNASUR bemüht.

Danach leitete Kirchner die wichtigste Ankündigung des Tages ein: Die Tilgung der Milliardenschulden bei Privatanlegern zur Verbesserung der Kreditwürdigkeit des Landes.

Zum zeremoniellen Börsenschluss an der Nasdaq durfte Cristina Kirchner eine zweite Rede halten. Auf der gigantischen Leinwand der Nasdaq am belebten New Yorker Times Square zeigte sie den vorbeiströmenden Passanten 15 Minuten lang ein von Optimismus geprägtes Bild Argentiniens. Argentinien wurde laut der Nasdaq-Verantwortlichen für die ehrenvolle Ansprache ausgewählt, weil das Land in den vergangenen

fünf Jahren ein Wachstum von acht Prozent verzeichnen konnte. Davon würden viele Unternehmen nur träumen. Cristina Kirchner bestätigte, dass Argentinien unter der Regierung ihres Gatten Néstor Kirchner und während ihrer Amtszeit die größte Wachstumsperiode seit dem Bestehen des Landes erlebt. Zuletzt wiederholte sie ihren verheißungsvollen Schuldungsstilungsplan.

Zum Abschluss ihres Tages traf sich Cristina Kirchner mit dem Vorsitzenden der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID, Luis Alberto Moreno. Hierbei stand ebenfalls die Rückzahlung der Schulden im Vordergrund. „Ich hoffe, dass der Plan umgesetzt wird. Denn dies würde Argentinien den Zugang zu den Finanzmärkten und dem Markt überhaupt öffnen“, so Moreno. Über die Zusammenkunft sagte er: „Es besteht eine Zusammenarbeit und wir werden weiter engagiert bleiben.“

Dienstag: Argentinien und somit Cristina Kirchner wurde zum ersten Mal seit Bestehen der UN auch relativ am Anfang der Generalversammlung das Wort erteilt. Je früher eine Ansprache bei der UN-Versammlung eingeplant werde,

desto bedeutender ist sie laut Analysten einzuordnen.

Wieder übte Cristina Kirchner heftige Kritik an den USA. Deren Annahme, dass ein staatlicher Eingriff in die Finanzmärkte nicht nötig sei und die Märkte alles von selbst regulieren würden, habe heftige Konsequenzen für das weltweite Finanzsystem mit sich gebracht. Außerdem bemängelte sie die „Kasinowirtschaft“, denn „Geld allein produziert nicht mehr Geld“. Sie würde sich zwar nicht über die Finanzkrise freuen, doch dies sei jetzt eine „historische Möglichkeit, die Politik neu zu gestalten“.

Darüber hinaus betonte sie, dass es unerlässlich sei, zur verloren gegangenen Multilateralität zurück zu kehren. Hierfür müssten Organismen wie die UN, der Internationale Währungsfond und die Weltbank neu gestaltet werden.

Kurz darauf hatte Cristina Kirchner ihr erstes Zweitreffen mit dem Präsidenten von Österreich, Heinz Fischer. Dabei sollte hauptsächlich die Formalisierung der Bezahlung der Schulden an den Pariser Club vorangetrieben werden.

Während des Treffens begann die Aussage des Venezolaners Guido Alejandro Antonini Wilson bei der Verhandlung im Zuge des Kofferskandals, die Euphorie über den starken Auftritt der Präsidentin zu überschatten. Darauf wurde mit Ignorierungstaktik reagiert. „Unsere Ankündigungen sind wichtig genug, dass wir nicht darüber nachdenken müssen, was ein Straftäter tut“, ließ Cristina Kirchner verlauten.

Am Abend beendete sie ihre Aktivitäten mit der Einweihung einer Hommage an die Abuelas de Plaza de Mayo in Form einer Fotografieausstellung im UN-Gebäude.

Mittwoch: Am Morgen nahm die Präsidentin an einer Versammlung der UNASUR teil. Aus diesem Treffen kamen keine Neuerungen hervor, da die Organisation erst vergangenen Montag ein Krisentreffen in Santiago de Chi-

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

le einberufen hatte.

Bei einem Treffen mit dem marokkanischen Premierminister Abas El Farsi beschlossen die beiden Politiker, künftig die multisektoralen Handelsbeziehungen zwischen Argentinien und Nordafrika stärken zu wollen. Zu diesem Zweck kündigte Cristina Kirchner an, im November in verschiedene nordafrikanische Länder reisen zu wollen.

Am Nachmittag war die Präsidentin zu einer Benefizveranstaltung in der Columbia Universität geladen. Diese widmete sich einem Projekt zur Entwicklungunterstützung lateinamerikanischer Kleinkinder und wurde von der Stiftung „Alas“ der Sänger Shakira und Alejandro Sanz sowie dem „Earth Institute of Columbia“ organisiert.

Donnerstag: Am Donnerstag stand der Präsidentin einer der wichtigsten Auftritte ihrer Reise

bevor: Die Rede vor dem Council of Americas. Wie erwartet traf sie dort auf Thomas Shannon, den US-Sekretär für Lateinamerika, der eine Schlüsselperson für Argentinien in der wegen des Kofferskandals angespannten Lage ist. Kirchner und Shannon hielten einen kurzen Plausch vor dem offiziellen Treffen, von dem wenig an die Öffentlichkeit drang. „Es ist viel Zeit vergangen“, erklärte Shannon, „es ist viel passiert“, fügte Kirchner hinzu.

Cristinas Rede vor der Versammlung von etwa 350 Personen, darunter zahlreiche US-Unternehmer mit großem Investitionsinteresse an der Lateinamerikanischen Region, beinhaltete keine Neuigkeiten. Doch dann kamen die Fragen aus dem Publikum, die die Präsidentin in eine defensive Haltung drängten. „Ich habe die Inflation nicht angesprochen, weil wir sie derzeit in Argentinien nicht

als Problem sehen“, verteidigte sie sich. Statt mit der Regierung müsse man mit den Unternehmen reden, die die Preise machen. Sie wies außerdem Anschuldigungen gegen die Indec zurück. „Die Daten sind verifizierbar, die der wichtigsten Beratungsunternehmen stimmen mit denen des Indec überein“, erklärte sie. Es wäre normal, dass es zwischen den realen Inflationsdaten und der sozialen Wahrnehmung deutliche Unterschiede gebe. Nachdem Zweifel an der Umsetzbarkeit ihres Schuldenplanes aufgekommen waren, reagierte sie aufgebracht. „Es gibt keinen Plan B, weil der Plan A schon mit Erfolg angelaufen ist“, sagte Kirchner vehement. Mit Anspielung auf die USA fügte sie, um Position zu stärken hinzu: „Die, die einen Plan B brauchen, sind Sie.“

Später traf sich die Präsidentin mit dem Premierminister der Niederlande, Jan Peter Balkenende, um die Zahlungen an den Pariser

Club und die ausstehenden Schulden zu besprechen. Auch der Bau eines Reaktors in den Niederlanden kam zur Sprache, da die argentinische Firma INVAP Reaktor eine der drei Finalisten für die Ausschreibung ist.

Bei ihrem Treffen mit dem spanischen Amtskollegen José Luis Rodríguez Zapatero standen wieder die Zahlung an den Pariser Club und die Schulden im Vordergrund. Die Zukunft von Aerolíneas Argentinas wurde angesprochen, Spanien versprach sich nicht einzumischen, da die Angelegenheit im gesetzlichen Rahmen behandelt werde. Außerdem kündigte Cristina Kirchner einen Besuch in Madrid von 9. bis 12. Februar 2009 an.

Freitag: Am letzten Tag ihrer Reise traf sich die Präsidentin Cristina Kirchner mit der Vizepräsidentin für Lateinamerika und Karibik der Weltbank Pamela Cox, und kehrte am Abend nach Argentinien zurück.

Kampf gegen das Verkehrschaos

Buenos Aires (AT/kat) – Gegen die verstopften Straßen der Stadt Buenos Aires soll etwas unternommen werden. Deshalb hat der Bürgermeister Mauricio Macri angeordnet, dass insgesamt 500 Sonderparkzonen für Lastwagen ausgewiesen werden. In einem symbolischen Akt zeichnete er am Montag eine große weiße 24 auf die Straße Paraná an der Ecke Córdoba und markierte so die erste exklusive Zone für den Warentransport.

Die 500 neuen Sonderparkzonen sollen ausschließlich für das Ent- und Beladen von Waren aus Transportfahrzeugen gedacht sein. Zunächst sollen die exklusiven Zonen für die mehr als 25.000 Lastwagen, die täglich Waren auf den Straßen der Stadt transportieren, auf den Straßen Córdoba und Entre Ríos markiert werden. Letztendlich sollen sie in allen für diese Aktivität kritischen Zonen, in welchen sich der größte Teil der Geschäfte befindet und sich zusätzlich der Straßenverkehr konzentriert, zu finden sein. Ab dem kommenden Monat soll das System bereits Anwendung finden.

Die Sonderparkzonen werden mit blauen Markierungen an den Bordsteinen gekennzeichnet. In jeder dieser speziell angezeigten Zonen können Lastwagen mit einer Länge von bis zu acht Metern parken. Zusätzlich weist die weiße Zahl auf dem Asphalt auf die erlaubten Ladezeiten hin. Je nach Zone ist das Ent- und Beladen entweder von 20 Uhr bis 11 Uhr, 17 Uhr bis 8 Uhr oder sogar 24 Stunden rund um die Uhr gestattet. Aber – die Lastwagen dürfen jeweils immer nur eine halbe Stunde am Stück in der Zone parken.

Macri hat versprochen, dass die Verkehrspolizei härter eingreifen, für die Einhaltung des Gesetzes und im Falle von Regelverstößen für die Vergabe von entsprechenden Bußgeldern sorgen wird. Hierfür sollen ab dem kommenden Monat 300 Verkehrspolizisten zusätzlich zu den derzeit tätigen 700 Rechtshelfern eingestellt werden. Die durch die Bußgelder eingenommenen Finanzmittel sollen laut Macri in die Verbesserung des öffentlichen Transports, das heißt U-Bahn und Zuglinien, fließen.

Mit dieser Maßnahme soll das Verkehrschaos organisiert werden. Denn derzeit parkt die Mehrheit der Lastwagen in zweiter Reihe, Strafen werden dafür so gut wie nie vergeben.

Die Opposition lehnte die Initiative ab. „Wer wird denn kontrollieren, dass sie wirklich nur 30 Minuten stehen, das ist schwierig durchzusetzen. Macri ist ein Meister darin, Maßnahmen anzukündigen, von denen er überhaupt nicht weiß, ob sie sich praktisch umsetzen lassen“, schimpfte der Abgeordnete Pablo Failde, Mitglied der Transportkommission von Buenos Aires. Außerdem bräuchte Macri, wenn er die Maßnahme permanent durchsetzen will, dafür die offizielle Zustimmung der Legislatur.

WOCHENÜBERSICHT

Bendinis Nachfolger

Präsidentin Cristina Kirchner hat eine schnelle Entscheidung gefällt und Divisionsgeneral Luis Alberto Pozzi als neuen Stabschef ernannt, nachdem der bisherige Militärführer Roberto Bendini vergangene Woche zurücktreten musste. Cristina Kirchner hat damit die naheliegendste Entscheidung getroffen: Der Stellvertreter rückt auf den Chefposten vor. Pozzi hatte eng mit Bendini zusammengearbeitet. Mit letzterem berieten sich die Kirchners, dabei sprach sich dieser dafür aus, kurz vor Jahresende keine großen Veränderungen vorzunehmen. Denn durch die Ernennung Pozzis und nicht eines jüngeren Mannes sind nun ältere Militärs nicht gezwungen, ebenfalls zurückzutreten. Der 60-jährige Pozzi ist Militäringenieur und war zuvor unter anderem für das Kommunikationskommando verantwortlich.

Heikles Treffen

Der Vizepräsident Julio Cobos empfing am Montag im Senat einen der wichtigsten Politiker der Opposition, den derzeitigen Regierungschef der Stadt Buenos Aires Mauricio Macri. Über das Treffen wurde viel spekuliert, ein Hauch von Verschwörungstheorien lag in der Luft. Doch die Wortführer des Treffens, Macris Stellvertreterin Gabriela Michetti, versicherte, dass das Treffen nichts mit den Spannungen zwischen der Regierung und Macri zu

tun hätte. Viel mehr sei es dabei darum gegangen, die Probleme der Stadt zu lösen. Denn Macri machte die Regierung für den behördlichen Stillstand in der Stadt verantwortlich. Er wollte Projekte, die von der Bewilligung der Staatsregierung abhängen, vorantreiben.

Neuer Botschafter

Juan Pablo Cafiero wurde von Präsidentin Cristina Kirchner als argentinischen Botschafter im Vatikan vorgeschlagen. Nachdem der Vatikan Alberto Iribarne als Botschafter abgelehnt hatte, hatte es einige Unstimmigkeiten zwischen der katholischen Institution und Argentinien gegeben. Mit ihrer neuen Wahl will die Präsidentin die Beziehung mit dem Vatikan nun wieder stärken. Die endgültige Entscheidung liegt beim Vatikan. Quellen haben bereits verlauten lassen, dass man dort Cafiero positiv gegenüber eingestellt sei. Derzeit ist der 55-jährige Cafiero als Berater in der Regierung von Daniel Scioli tätig. Er ist der Sohn des bedeutenden Peronisten Antonio Cafiero, der sich stets für Menschenrechte eingesetzt hatte. Juan Pablo Cafiero ist Anwalt, katholisch und war unter anderem Minister für die nationale soziale Entwicklung von 2003 bis 2005.

Korruption

Kofferskandal, Veruntreuung im Militär, Sonderkonten – ein offizieller Index hat jetzt belegt, was

die Schlagzeilen vermuten lassen: Argentinien gehört zu den korruptesten Ländern. Die internationale Antikorruptionsorganisation Transparency International hat den Korruptionswahrnehmungsindex 2008 (Corruption Perceptions Index, CPI) veröffentlicht, demnach liegt Argentinien auf Platz 109 von 180 Ländern. Auf der Skala von eins bis zehn (sehr korrupt bis keine Korruption) erhielt es bei der Umfrage bei Unternehmen, Akademikern und Korruptionsexperten 2,9 Punkte. Somit wird Argentinien sogar noch korrupter eingestuft als Peru, Brasilien und Bolivien.

Antisemitismus

Antisemitistische Aktivitäten

haben laut dem Zentrum für Sozialstudien CES im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent abgenommen. Dennoch – ein Informant des jüdischen Dachverbandes DAIA gab zu bedenken, dass die Taten im Allgemeinen gewalttätiger wurden. So wurde zum Beispiel der Sohn eines Rabbi attackiert, als er in einen Bus stieg. Außerdem würden sich die antisemitischen Aktivitäten zunehmend auf das Internet ausweiten. Beleidigungsemails, Fotologs und kränkende Videos häufen sich im Gegensatz zum Vorjahr zunehmend. Die meisten Vorfälle werden in der Stadt Buenos Aires verzeichnet, 76,5 Prozent der gemeldeten Aktivitäten spielten sich dort ab.

(AT/kat)

Operación Traviata

Unter dem eigentümlichen Titel "Operación Traviata" erschien un längst ein Buch des Journalisten Ceferino Reato, das die Geschichtsschreibung der siebziger Jahre mit neuen Erkenntnissen aufklärt und inzwischen als "Bestseller" verkauft wird. Traviata bezieht sich auf eine Keksmarke mit 23 Löchern. Es geht um den Mord am damaligen Generalsekretär der Gewerkschaftszentrale CGT, José Rucci, am 25. September 1973. Wie aus dem Buch hervorgeht, bewirkte jener Mord einen Schnitt in der Bekämpfung der damaligen Terroristen, die laut Reato für besagten Mord verantwortlich zeichneten.

Rucci war Metallarbeiter und Gewerkschafter der damals mächtigsten Metallarbeitergewerkschaft UOM, deren Sekretär bis zu seinem Tod vor wenigen Jahren Lorenzo Miguel war. Dieser hatte den ebenfalls von Terroristen ermordeten Augusto Timoteo Vandor ersetzt, der sich eine eigene politische Macht im Peronismus aufgebaut hatte. Miguel ernannte Rucci zum Generalsekretär der CGT, wo er dank seiner besonders aktiven Persönlichkeit eine eigene Politik entwickelte und maßgeblich zur Rückkehr des in Madrid exilierten Expräsidenten Juan Domingo Perón nach fast 18jähriger Abwesenheit beitrug. Perón miss-traute den Gewerkschaftsbonzen, anders als Rucci, den er als den einzigen Getreuen kennzeichnete.

Der Mord an Rucci geschah zwei Tage nach dem Wahlsieg von Perón mit seiner Gattin María Estela Martínez, genannt Isabelita, als Formelpartnerin. Perón siegte haushoch mit fast 62 Prozent der Stimmen. Rucci hatte sich als erfolgreicher Stimmensammler erwiesen. Perón beauftragte ihn nach der Wahl, den Rücktritt aller Spitzengewerkschafter einzuholen, die Perón offenbar absetzen wollte.

Mit dem Mord an Rucci, den laut Reato die Terroristenorganisation Montoneros verübt hatte, verlor Perón seinen Getreuen. In der Folge unterbrach der Präsident seine vorherigen Bemühungen, die Montoneros zu überzeugen, dass sie die Waffen abliefern und sich als Politiker gebärden. Sie waren inzwischen dogmatische Marxisten-Leninisten geworden und setzen auf den Erfolg der Waffen, um die Macht im Staat gewaltsam zu erobern. Der Kampf gegen die Montoneros und verbündete Terroristen hatte eingesetzt. Der Privatsekretär Peróns, José López Rega, ehemaliger Polizeiwachmeister, übernahm auf Geheiß von Perón als Wohlfahrtsminister die Führung der außerstaatlichen Organisation, genannt Triple A, die den Guerrilla-Terror mit einem informellen Staatsterror bekämpfte und zahlreiche Montoneros umbrachte. Zwei Monate vor seinem Tod am 1. Juli 1974 verbannte Perón am Regierungsplatz die Montoneros, womit die Kluft zwischen Regierung und Guerrilla endgültig war. Reato schildert diese Entwicklung ausführlich mit zahllosen Zitaten von Büchern, Presseartikeln und Gesprächen.

Der Mord an Rucci wird im Buch ebenfalls akribisch geschildert, wie das Kommando der Montoneros sich des Nachbarhauses von Ruccis Wohnung bemächtigte und vom ersten Stock aus auf ihn schoss, als er seine Wohnung verließ. Seine Wächter wurden ebenfalls durch Schüsse verletzt. Die Mörder entkamen. Die Justiz ermittelte erfolglos und der Prozess versandete.

Die damals halbwüchsigen Kinder Ruccis, Anibal und Claudia, sowie seine Witwe Elsa, genannt Coca, trugen ebenfalls in Gesprächen mit Reato zur Schilderungen bei. Sie haben nach der Veröffentlichung des Buches dieser Tage im Fernsehen angekündigt, dass sie die Fortsetzung der Ermittlungen betreiben werden, damit aktenkundig festgestellt werden kann, wer den Mord in wessen Auftrag verübt hat. CGT-Generalsekretär Hugo Moyano forderte ebenfalls, dass die Schuldigen des damaligen Terrors vor Gericht verurteilt werden. Laut Reato erschoss der Terrorist Julio Iván Roque, alias Lino, als bester Scharfschütze der Montoneros sein Opfer. Er war in Kuba ausgebildet worden. Die Entscheidung fasste die Führung der Montoneros gegen die Meinung mehrerer Mitglieder, von denen sich einige Überlebende im Nachhinein gegenüber Reato äußerten, dass der Mord ein gewaltiger Fehler gewesen sei, der zudem einige Montoneros dazu verleitete, die Organisation zu verlassen.

Die Auffrischung der Ermittlungen im Gericht muss freilich eine rechtliche Hürde nehmen. Die jetzige Regierung, mit der zahlreiche Montoneros wie die Minister Nilda Garré und Jorge Taiana, die Deputierten Carlos Kunkel und Miguel Bonasso, ferner der Chef der Staatsanwälte Esteban Righi und der Unterstaatssekretär für Menschenrechte Eduardo Luis Duhalde, zusammen arbeiten, und der Oberste Gerichtshof auf Betreiben der Regierung haben entschieden, dass nur die Morde und Folterungen der Militärregierung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie verjähren, wogegen die Morde der Terroristen, maßgeblich der Montoneros und verbündeter Gruppen, nur als gewöhnliche Verbrechen eingestuft werden und nach dreißig oder mehr Jahren längst verjährt sind. Der Montonero-Chef Mario Firmenich wurde zudem von Präsident Menem zusammen mit den Junta-Mitgliedern amnestiert. Andere Überlebende wie Roberto Perdiá, damals Mitglied der Führung, befinden sich ebenfalls auf freien Fuß und wurden von Reato interviewt.

Trotzdem können die Ermittlungen fortschreiten. Erst wenn der Oberste Gerichtshof seine Rechtsprechung ändert, wie es überall in der Welt gilt, dass Terroristenverbrechen ebenso wie Staatsterror als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren, kann rechtliche Klarheit im Mord an Rucci eintreten. Der Mörder ist längst tot, ebenso die meisten seiner damaligen Helfershelfer.

Nach Rucci bemüht sich auch der Sohn des verschleppten und nach elf Monaten Freiheitsentzug von den Montoneros ermordeten Oberstleutnant Ibarzábal um die Bestrafung der Mörder. Ein Richter gab ihm Recht. Weitere Fälle dürften folgen, haben doch die Montoneros über 1500 Opfer ermordet und mehr als 20.000 Gewalttaten verübt, die bisher nicht gesühnt worden sind.

Randglossen

Mit einer geschickt formulierten Ankündigung im New Yorker Council on Foreign Relations hat Präsidentin Cristina Kirchner im Beisein ihres Gatten die Tür für eine Lösung der ausstehenden Bonds in Aussicht gestellt und damit den bisher verschlossenen Weg zurück zur internationalen Finanz geebnet. Dass die Offerte nicht von der Regierung kam, sondern von drei internationalen Großbanken mit Zusagen für mindestens die Hälfte der sogenannten Holdouts, passte der Regierung, die sich seit März 2005 standhaft geweigert hatte, diese Schulden zu begleichen. Außerdem blühen neue Kredite für die Umschuldungen der beiden nächsten Jahre, deren Umfang Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Regierung aufkommen ließ. Dieser politische Handstreich in New York blies sogleich politischen Rückwind in die Segel des Regierungsschiffes. Eins zu Null für Cristina.

Vizepräsident Julio Cobos, genannt Cleto nach seinem dritten Vornamen, sonnt sich in der Aura seiner Popularität, seit er mit seiner Nein-Stimme der Exekutive eine Schlappe im Kampf gegen die Landwirte verabreicht hatte. Dass er dieser Tage den Regierungschef der Stadt Buenos Aires, Mauricio Macri, in seinem Amtszimmer im Senat empfing, den das Kirchner-Ehepaar als den wichtigsten politischen Gegner einstuft, hat die Regierungsmannschaft offensichtlich verärgert. Ihr Fraktionschef Miguel Angel Pichetto versteigerte sich zur Behauptung, dass Cobos konspirierte, und forderte ihn zum Rücktritt auf. Cobos denkt nicht im Traume daran, den Senatsvorsitz zu aufzugeben und baut auf sein positives Image in den Umfragen, das doppelt so gut ist wie das des Ehepaars Kirchner, derweil er mit allerlei Politikern und Verbandsleitern Kontakt aufnimmt, an Marathon-Rennen teilnimmt und sich am Sieg der argentinischen Tennisspielern im Halbfinale des Davis Cups mit seiner Präsenz erfreute.

Heilsame Copa

Boca wieder in der Spur/River mit Entlastungssieg

Buenos Aires (AT/nor) – Die Copa Sudamericana war für die zuletzt kriselnden Boca Juniors und das desolat in die Apertura gestartete River eine willkommene und heilsame Abwechslung. Ischia gönnte seinen nach zuletzt zwei Unentschieden in Folge und einer historischen 2:3-Schlappe daheim gegen Tigre, müde scheinenden Stammspielern im Achtelfinalhinspiel der Copa gegen den aktuellen Libertadores-Champion LDU Quito eine Ruhepause und bot stattdessen den Nachwuchs auf. Die im Vorfeld bei den Zuschauern umstrittene Maßnahme erwies sich als goldrichtig, in zweierlei Hinsicht. Zum einen gewannen die Jungspunde die Partie mit 4:0 und überzeugten dabei auf ganzer Linie, zum anderen konnten sich Riquelme, Palermo und Co. von den Strapazen der vergangenen Wochen erholen und Kraft schöpfen für das Ziel Meisterschaft. Prompt wurde das Nachholspiel gegen Newell's mit 4:2 gewonnen und Rang zwei der



Foto: AP

Gracian behauptet den Ball gegen Quitos Calderon.

Tabelle erobert. Nur noch zwei Punkte trennen die Blau-Gelben von Spitzenreiter San Lorenzo.

Erzrivale River ist zwar weit davon entfernt, oben mitmischen zu können, zumindest jedoch wurde durch den 2:1-Auswärtssieg in

der Copa Sudamericana bei Uruguays Defensor Sporting die sportliche Talfahrt beendet. Der nach nur drei Monaten aus Israel zurückgekehrte Sebastián Abreu erwies sich als Heilsbringer und markierte beide Treffer. Da der Li-

gazug für den Titelverteidiger bereits ohne ihn abgefahren ist, gilt alle Konzentration dem Pokal. Auf diese Weise könnte man Intimfeind Boca auch noch ein Schnippchen schlagen, die ihren Ruf als "Reyes de Copa" ausbauen wollen und ebenso auf die Trophäe schielen. Man darf gespannt sein und auf einen "Superclasico" im internationalen Wettbewerb hoffen. Da dürfte es dann etwas höher hergehen als im anstehenden Ligaduell.

TABELLEN

Faustball

Turnier in

Monte Carlo/Misiones

Damen: 1. SAG Villa Basteller, 2. Guatambú A, 3. Guatambú B

Herren: 1. UDC Eldorado A, 2. SAG Villa Basteller, 3. CG Guatambú A, 4. UDC Eldorado B, 5. CG Guatambú B

Senioren: 1. CG Guatambú, 2. UDC Eldorado, 3. Combinado

Rüstiger Rentner

Buenos Aires (AT) – Vom 5. bis zum 7. September fanden in La Plata die 29. Argentinischen Seniorenmeisterschaften der Leichtathletik statt. Mehr als 600 Sportler gingen bei starkem Wind und viel Regen an den Start. Von vielen begeisterten Zuschauern begleitet, lieferten sich die agilen Senioren spannende Wettkämpfe. Als besonders erfolgreich tat sich dabei Manfred Unkrodt hervor. Nicht weniger als zehn Wettkämpfe bestritt der bald 70-Jährige und belegte stets einen Platz unter den ersten sechs. Über 300 Meter Hürden, im 800 Meter-Lauf und im Hochsprung holte er jeweils die Vizemeisterschaft, über 2000 Meter Hindernis wurde er sogar Meister. Darüber hinaus wurde er Dritter über 200 Meter sowie im Weitsprung, holte den vierten Platz beim 10.000 Meter-Lauf und sicherte sich Rang fünf und sechs im Speer- und Diskuswurf. Angesichts solcher sportlicher Höchstleistungen gebührt dem rüstigen Rentner der größte Respekt. Unsere immer lethargischer werdende Jugend sollte sich ruhig mal ein Scheibchen davon abschneiden.

AUTO UND MOTOR

4,3 Einwohner pro Kraftfahrzeug

Die Zahlen sind ungenau, denn die Erfassung des Kfz-Bestandes in einem so weiträumigen Land wie Argentinien ist mit den geltenden bürokratischen Mitteln nicht einfach.

Dass aber der Wagenpark immer dichter und größer wird, steht außer Zweifel. Den jüngsten Erhebungen zufolge kommt derzeit im Land auf 4,3 Einwohner ein Kraftfahrzeug, gegenüber 5,9 im Jahr 1995.

Am 1. Januar 1995 traten die jetzigen Bestimmungen bezüglich der Neuerfassung und Erneuerung der Wagenpapiere und die Verfügung über die neuen Nummernschilder in Kraft, damals beginnend mit AAA 000.

Die Angaben stammen vom Registro Nacional de la Propiedad del Automotor, das 8,4 Millionen Kraftfahrzeuge registriert. Aber eben: hier wird ein großer Unterschied zwischen dem allgemeinen Wagenbestand und dem sogenannten „Parque vivo“ gemacht, das sind diejenigen Autos, die wirklich auf den Straßen verkehren. Der Rest rollt im Landesinneren oder ist bereits verschrottet (oder verrostet), aber nicht abgemeldet.

Interessant ist, wie groß die Dichte in bestimmten Schwerpunkten ist. Aber nicht unbedingt in der Bundeshauptstadt oder den Provinzhauptstädten, sondern eben in gewissen Produktionszentren von Getreide oder mit Kleinindustrien. So hat General Pico in La Pampa die höchste Fahrzeugdichte mit 1,9 Einheiten pro Kopf Bevölkerung, Rafaela 2,0 und



Buenos Aires - Ballungszentrum von Kraftfahrzeugen.

Ushuaia 2,4, Río Grande (Feuerland), Cipolletti (Río Negro), San Rafael (Mendoza), Río Gallegos (Santa Cruz) und General Roca (Río Negro) folgen.

In der Bundeshauptstadt sind 1,4 Millionen Wagen eingeschrieben, dies bei einer Bevölkerung von rund drei Millionen. Doch solche Zahlen kann man nicht wörtlich nehmen, denn wochentags strömen Hunderttausende von Autos zusätzlich in die Straßen der Metropole.

Längst reicht auch schon nicht mehr der Bau von Garagen in Privathäusern und das Anlegen unterirdischer Parkhäuser. Alles platzt aus den Nähten. Da muss man schon auf dem Lande wohnen, um am Auto noch seine Freude zu haben. In Formosa kommen zwölf Einwohner auf ein Auto, in Santiago del Estero sogar nur dreizehn.

AUSFLÜGE UND REISEN

Versteinerte Wälder nunmehr Nationalpark

Die Nachricht kommt deshalb für manchen überraschend, weil die versteinerten Wälder von Santa Cruz schon seit Jahren zu den bedeutendsten Naturwundern und kräftigsten Fremdenverkehrsattraktionen Argentiniens zählen.

Doch was bisher kaum auffiel: das zehn mal zehn Kilometer messende Viereck im Nordosten der Provinz Santa Cruz, grob etwa 200 Kilometer südlich von Comodoro Rivadavia gelegen, galt bislang offiziell lediglich als Monumento Natural y Reserva Natural Bosques Petrificados. Erst jetzt werden die Schritte eingeleitet, um das Reservat in den Status eines echten Nationalparks zu erheben.

Es ist nicht der einzige fossile Wald Argentiniens, aber der eindrucksvollste, der mit den prächtigsten Exemplaren. Denn versteinerte Bäume und Sträucher findet man vielerorts bei uns, nur eben keine so gewaltigen Zeugen einer längst versunkenen Ära.

Beispielsweise - um nicht zu weit zu reisen - gibt es 120 Kilometer westlich von Comodoro Rivadavia, bei Colonia Sarmiento, obwohl an sich in der benachbarten Provinz Chubut, zwei weitere versteinerte Wälder: die Reserva Turística Nacional Bosque Petrificado Szlapelis und, angrenzend, Ormaechea.

Hier sieht man im Gelände zerstreut fossile Baumstümpfe her-



Die versteinerten Araukarienstämme.

umliegen. Diese Versteinerungen entstanden dadurch, dass die Bäume in einem Sumpf versanken, sich so konservierten und schließlich versteinerten.

Die fossilen Araukarien der Bosques Petrificados in Santa Cruz hingegen haben einen anderen Ursprung: Hier wurden blühende Wälder von einer dicken Ascheschicht durch sukzessive, kurz hintereinander erfolgende Vulkanausbrüche zugedeckt. Diese aschespeienden Schloten müssen sich nicht unbedingt in der Andenkordillere befunden haben, die ja zum guten Teil von Vulkanen gebildet wird. In unmittelbarer Nähe, eigentlich innerhalb des zehn mal

zehn Kilometer messenden Vierecks, gibt es die Zeugen jener Naturkatastrophe: nämlich zwei Zwillingberge genannt Madre e Hija, die sich etwa 400 Meter über das Gelände erheben, das nur 50 bis 100 Meter hoch ist. Es sind vermutlich die Lavastümpfe der aschespeienden Vulkane.

Und weil das Ende so plötzlich kam, wie etwa in Pompeji, blieben die Baumriesen sozusagen als Ganzstücke einwandfrei erhalten. Zu sehen sind teils bis zu 35 Meter lange Stämme, zwar in mehrere Teile gebrochen, doch jeweils eine Einheit bildend. Vermutlich handelt es sich um Nadelbäume oder Araukarien, mit Stämmen, deren Durchmesser circa zwei Meter beträgt.

Das Ende der Wälder kam offenbar während des Jura, vor 130 Millionen Jahren. Was man heute vor Ort sieht, ist eine praktisch leblose Wüste, zudem eine salzige Lagune und als fixer Bezugspunkt in einiger Entfernung besagte Zeugenberge Madre e Hija.

Vorerst ist die Anfahrt nicht leicht. Das Areal liegt Luftlinie 1600 Kilometer südlich von Buenos Aires. Wer auf der Ruta Nacional 3 südwärts fährt, kommt etwa 165 Kilometer südlich von Comodoro

Rivadavia, hinter Caleta Olivia und der Ortschaft Fitz Roy, zu einer Gabelung: links, Richtung Südost, biegt eine Belagstraße ab nach Puerto Deseado. Geradwegs führt die RN 3 weiter, und hier muss man kurz nach der Gabelung die 80 Kilometer lange Zufahrtsstraße zum jungen Nationalpark nehmen. Dieser wird allerdings größer als bisher, denn zu dem eigentlichen Parkgelände gesellt sich nun ein weites Schutzgelände, genannt Reserva Natural, wofür sogar mehrere angrenzende Estancias aufgekauft wurden. Innerhalb dieses Areals dürfen künftig nicht einmal Erdölbohrungen oder sonstige Schürfungen vorgenommen werden.

Die Versteinerungen strikt zu schützen ist deshalb unerlässlich, weil in der Vergangenheit unzählige fossile Stücke zu Aschenbechern und anderem Nippes geschliffen wurden. Ganze Wälder sind schon verschwunden, wie etwa die schönen, stehenden Baumstämme bei Villavicencio in Mendoza, die von Darwin so genau beschrieben worden waren, dass es kinderleicht war, sie zu finden. Die Mineralienfreunde taten dann den Rest.

In Santa Cruz soll erhalten bleiben, was bis zu uns herübergekommen ist. Ein kleines Museum gibt es schon vor Ort, zugänglich sind die steinernen Baumriesen auf der windigen patagonischen Ebene das ganze Jahr über.

Marlú



Stimmungsbild aus der patagonischen Wüste.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Lohnerhöhungen von 30% bis 40%

Das Statistische Institut (INDEC) hat eine Statistik über die Entwicklung von Löhnen und Gehältern zwischen dem 2. Quartal 2007 und dem gleichen Quartal 2008 bekanntgegeben, die für den Privatsektor einen Durchschnitt von 29,4% ergibt, bei einer gleichzeitigen Zunahme der beschäftigten Arbeitnehmer um 6,2%. Im allgemeinen kommen noch indirekte Erhöhungen hinzu, durch Zunahme der Familienzulagen, einmalige Sonderzahlungen und anderen Vergütungen.

Im staatlichen Bereich wurde eine interanuelle Zunahme in der gleichen Periode von 34,43% bekanntgegeben, wobei hier die Zunahmen bei Staatsbanken, Universitäten, Gesundheitsdiensten und der Kongressbeamten ins Gewicht fielen. Bei den Provinzverwaltungen betragen die Erhöhungen durchschnittlich 32,2% und bei den Gemeinden 28,5%. Der höchste provinzielle Durchschnittslohn entfiel auf Santa Cruz mit \$ 5.156, gefolgt von Chubut mit \$ 4.338, Neuquén mit \$ 4.214 und Feuerland mit \$ 4.209. Am niedrigsten war das Durchschnittsgehalt in Tucumán, mit nur \$ 1.842. Die Gehälter sind in den patagonischen Provinzen traditionell höher, weil die Haushalte hohe Ausgaben für Heizung haben und Lebensmittel teurer als in anderen Gegenden sind. Das Problem in Provinzen wie Santa Cruz ist nicht die Höhe der Gehälter, sondern die Tatsache, dass die Zahl der Beamten über doppelt so hoch wie notwendig ist. Néstor Kirchner hat als Gouverneur stets mit stolz darauf hingewiesen, dass die Provinz eine besonders niedrige Arbeitslosenquote habe. Kein Wunder: sie wurden eben alle beim Provinzstaat eingestellt, der dank grosszügiger Erdölgebüh-

ren ausreichende Mittel hatte, um diese verkappte Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Im privaten Bereich stehen die Bergwerksarbeiter mit einer internuellen Erhöhung von 39,3% an der Spitze. Bei Bergwerken, die Metallerze ausbeuten lag der Durchschnittslohn im 2. Quartal 2008 bei \$ 6.121, während er beim Steinbruch u.a. Bergbauaktivitäten \$ 3.251 betrug. Die grossen Unternehmen der Branche, wie Minera Alumbra in Catamarca und Cerro Vanguardia in Santa Cruz, zahlen besonders gute Löhne. Der Bergbau hat in einem Jahr zum Juni 2008 die Beschäftigung um 9,8% erhöht, was den kontinuierlichen Aufschwung dieses Bereiches zum Ausdruck bringt.

Bei der privaten Erziehung betrug die Zunahme in der gleichen Periode 35,4%, bei der Bautätigkeit 35,2% und beim Handel 30,9%. Die Lohnerhöhungen wurden in den ersten Jahren nach der Megaabwertung von 2001/02 durch eine stark zunehmende Kapazitätsauslastung und durch Gewinne ausgeglichen. Die Reallöhne waren eben durch den Inflationsschock von Anfang 2002 stark zurückgeblieben, so dass es sich zunächst darum handelte, das Verlorene aufzuholen. Deshalb war die Auswirkung der Lohnerhöhungen auf die Preise gering. Doch 2007 und 2008 werden Lohnerhöhungen auf Preise abgewälzt, so dass es logisch ist, dass die Preise in der gleichen Periode (2. Quartal 2008 gegenüber 2. Quartal 2007) um über 25% gestiegen sind. Hätten die Preise nur um etwa 8% zugenommen, wie es die INDEC-Statistik ausweist, dann hätte in einem Jahr eine Reallohnsteigerung von über 20% stattgefunden, was jedoch nicht entfernt der Fall war.

kommen. Die Anwälte wollen verhindern, dass Richter Griesa Massnahmen trifft, die den gesamten Umtausch hindern.

Der EMAE-Index des Indec ("Estimador Mensual de la Actividad Económica), der eine grobe Schätzung des Bruttoinlandsproduktes darstellt, weist für Juli eine interanuelle Zunahme von 8,3% aus, und von 1,7% gegenüber Juni. Diese verbesserte Wirtschaftsleistung steht im Zusammenhang mit der Beendigung des Konfliktes mit der Landwirtschaft. Die ersten 7 Monate 2008 liegen somit um 7,9% über der gleichen Vorjahresperiode.

Im Haushaltsvoranschlag für 2009 wird berechnet, dass die Steuervergünstigungen, die der brasilianischen Bom Retiro für die Yoma-Gerberei in Nonogasta (La Rioja), die sie unlängst gekauft hat, gewährt werden, \$ 130 Mio. kosten. Nachdem die brasilianische Firma nur u\$ 6 Mio. gezahlt hat, erscheint der Betrag sehr hoch. In der Branche besteht Empörung über diese Subvention, die zu unlauterem Wettbewerb führt, umso mehr, als die Kapazität der bestehenden Gerbereien, ohne die von Nonogasta, die Zahl der verfügbaren Häute bei weitem übersteigt. Die ursprünglich gewährte Industrieförderung war in diesem Fall abgelaufen, wobei sie ohnehin durch den Konkurs aufhört. Diese Gerberei ist strukturell (wegen des Standortes) unwirtschaftlich, weshalb sie trotz grosszügiger Steuergeschenke und hoher weicher Kredite von Staatsbanken zusammengebrochen ist. Sie sollte einfach geschlossen werden.

Die Firma Cencosud (Supermärkte Jumbo, Disco und Easy, und Shopping-Center Unicenter) hat einen Kredit von u\$ 140 Mio. von der Weltbanktochter "Internationale Finanzkorperschaft" (IFC auf englisch) erhalten, um ihre Passiven umzuschulden. Der Kredit wird zu Libor-Satz plus 1,4% verzinst und läuft auf 8 Jahre.

General Motors hat in ihrer Fabrik in Rosario die Erzeugung des Corsa-Modells für eine Woche im Oktober eingestellt, weil Absatzschwierigkeiten im Inland und Ausland bestehen. Die Arbeiter und Angestellten erhalten jedoch weiter den vollen Lohn.

Die ZB hat bekanntgegeben, dass sie einen Mechanismus zur vorzeitigen Rückkauf ihrer Wechsel Lebac und Nobac eingeführt habe. Der Preis, den die ZB zahlt, ergibt sich aus dem Nennwert der Wechsel, minus dem Badlar-Satz (den die ZB bekanntgibt) plus 6%. Die angebotenen Wechsel werden noch am gleichen Tag von der ZB ausgezahlt. Auf diese Weise erhalten die Lebac und Nobac eine hohe Liquidität, die sie für Banken noch anziehender macht, wobei sie dann auch Liquidi-

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag 2,63% über Ende August und um 1,58% unter Ende 2007. Der Refox-Terminkurs lag am 2.1.09 bei \$ 3,143, zum 31.3.09 bei \$ 3,18, zum 30.6.09 bei \$ 3,235, zum 30.9.09 bei \$ 3,303 und zum 31.3.10 bei \$ 3,462.

Die Währungsreserven der ZB betragen um 12.9.08 u\$ 46,96 Mrd., 0,97% unter dem Stand, den sie vor 30 Tagen erreichten, und um 1,71% über Ende 2007. Der Notenumlauf lag mit \$ 74,92 Mrd. um 1,11% niedriger als vor 30 Tagen und praktisch gleich wie Ende 2007.

Die gesamten Depositen in Pesos des Bankensystems betragen zum 12.9.08 \$ 217,75 Mrd., um 1,77% mehr als vor 30 Tagen und um 13,76% mehr als Ende Dezember 2007. In 30 Tagen sind die Girodepositen um 8,99% gestiegen, und im Laufe des Jahres um 27,59%, also auf alle Fälle weit mehr als die Zunahme des BIP zu laufenden Werten. Hingegen nahmen Depositen auf Sparkonten um 0,29%, bzw. 4,14% ab. Fristdepositen nahmen in 30 Tagen um 3,37% ab und seit Ende 2007 um 26,99% zu, wobei sich die Zunahme besonders auf Depositen von 180 auf 365 Tage konzentriert.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Donnerstag einen Sprung von 13,26% gegenüber der Vorwoche, liegt jedoch immer noch um 20,62% unter Ende 2007. Letzte Woche fand allgemein eine Erholung der Börsen statt: der Bovespa-Index (Brasilien) stieg um 7,03%, der Mexbol (México) um 4,34%, der IPSA (Chile) um 4,16%, der Dow Jones (USA) um 0,02%, der Nikkei (Japan) um 4,50%, der FTSE 100 (Grosbritannien) um 1,99%, der CAC 40 (Frankreich) um 2,73%, der SPI (Schweiz) um 4,16%, der von Madrid (Spanien) um 7,25% und der von Shanghai (China) um 21,19%.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu einem Zinssatz von 13% gehandelt (Vorwoche: 12,67%), auf 60 Tage zu 14,41% (14,04%), auf 90 Tage zu 15,31% (14,89%), auf 120 Tage zu 17,16% (17,66%), und auf 180 Tage zu 19,41% (20,30%).

Gold wurde in Buenos Aires bei 18 Karat zu \$ 56,96 pro Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 56,75), und bei 24 Karat zu \$ 93,60 (\$ 93,20).

Die Gewerkschaft der Kfz-Industrie, SMATA, hat bei den Verhand-

lungen im Arbeitsministerium im Rahmen der obligatorischen Schlichtungsperiode die Lohnforderung bei den Agenturen von 50% auf 64,9% angehoben, womit sie sich von einer Kompromisslösung entfernt hat. Der SMATA-Delegierte Ricardo Pignanelli forderte, dass der Mindestlohn von \$ 1.180 auf \$ 1.900 und der der oberen Kategorie auf \$ 3.200 erhöht werden. Der Verband der Agenturen, Acara, bietet 25% bis 30%. Der Verband weist darauf hin, dass zwar eine Umsatzerhöhung stattgefunden habe, aber bei geringeren Bruttomargen. Ausserdem hat sich der Kfz-Markt spürbar abgekühlt.

Die argentinische Regierung zeigt sich bei der Umschuldung, die sie jetzt den Holdouts angeboten hat, viel konzilianter als 2005. Nachdem Inhaber von Defaultbonds im Nennwert von u\$ 3,1 Mrd. schon Klage beim Richter Thomas Griesa eingereicht haben (im Rahmen einer Gesamtklage, die in den USA als "class action" bezeichnet wird), wurden Vertreter der Anwaltskanzlei Cleary, Gottlieb, Steen & Hamilton, die die argentinische Regierung vertritt, beim Richter vorstellig, und teilten ihm schriftlich mit, sie würden in den nächsten Tagen einen Vorschlag einreichen, um den Klägern entgegenzu-

tätsreserven in bar in diesen Papieren anlagen können. Dennoch wird der Rückkauf gesamthaft auf 30% des Portefeuilles dieser Wechsel beschränkt.

Das Landwirtschaftssekretariat hat im Rahmen des Nationalen Rinderplanes für Kälberzucht ("Plan "Más terneros") schon \$ 96,39 Mio. an 13.113 Landwirte vergeben. Durch Beschluss 71/08 (Amtsblatt vom 22.9.08) wurde der Betrag, den der Landwirt pro Kalb als Subvention erhält, von \$ 20.000 auf \$ 35.000 erhöht. Mit dieser Massnahme soll erreicht werden, dass die Viehzüchter die Kälber behalten und mästen, statt sie vorzeitig zu verkaufen.

Siemens hat in Deutschland eine erste Gasturbine, mit ihrem Stromgenerator, die für das Kraftwerk Pilar des Unternehmens EPEC, die der Provinz Córdoba gehört, bestimmt sind, vorzeitig fertiggestellt und unmittelbar verschifft wird. Die Montage im Kraftwerk ist für Januar 2009 vorgesehen. Das neue Kraftwerk in der Cordobeser Ortschaft Pilar wird von der Firma Conarsa (die zur Gruppe Electroingeniería gehört) zusammen mit der spanischen Sener gebaut, und wird eine Leistung von 500 MW haben.

Das Statistische Amt (INDEC) hat bekanntgegeben, dass das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2008 im interanuellen Vergleich um 7,5% zugenommen hat, und gegenüber dem 1. Quartal um 2,1%. Obwohl die Zunahme trotz des Konfliktes mit der Landwirtschaft hoch war, war die Rate die niedrigste in 17 Quartalen. Für das 1. Halbjahr 2008 ergibt sich somit eine Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahresperiode von 7,8%.

Ende der Vorwoche verfügte die Regierung eine Erhöhung des Gaspreises für 3,12 Mio. Haushalte ab 1. September von 10% bis 30%. 52% der Haushalte, die einen niedrigen Konsum haben (Kategorien R1, R2-1 und R2-2) werden von der Zunahme ausgenommen. Pressgas (GNC) wird ab 1. Oktober um 10% teurer. Die Gasproduzenten erhalten eine durchschnittliche Preiszunahme von 9% (am Förderungsort), deren Erlös zum Teil zur Verbilligung des Flaschengases und zum anderen Teil für Investitionen eingesetzt werden soll, die zur Erweiterung des Verteilungsnetzes bestimmt sein sollen. Die Flasche von 12 Kg Pressgas soll ab 1. Oktober \$ 20 und die von 15 kg \$ 15 kosten. Für Verteilungsunternehmen wie Gas Natural BAN, die die Vertragsänderung schon abgeschlossen haben, handelt es sich um die zweite Preiserhöhung seit der Abwertung. Bei denjenigen Unternehmen, die wie Metrogas und Camuzzi Pampeana, die Klagen gegen die Regierung vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID nicht aufgehoben haben, gibt es keine Erhöhung. In diesem Fall fließen die

Mittel in einen Treuhandfonds, der zur Finanzierung von Investitionen bestimmt ist.

Im August lag der primäre Überschuss bei den Staatsfinanzen mit \$ 3,70 Mrd. um 36% über dem gleichen Vorjahresmonat. Der echte Überschuss (nach Abzug der Zinsen auf die Staatsschuld) hat sich auf \$ 2,63 Mrd. verdreifacht. Die Ausgaben (ohne Zinsen) stiegen um 31,6% und die laufenden Einnahmen um 32,5%. In den ersten 8 Monaten 2008 lagen die primären Ausgaben um 35% über dem Vorjahr und die laufenden Einnahmen um 36% höher, so dass der primäre Überschuss um 43% auf \$ 28,03 Mrd. stieg, und der echte Überschuss um 88% auf \$ 9,03 Mrd. zunahm. Während in 8 Monaten 2007 \$ 5 Mrd. auf ausserordentliche Einnahmen entfielen, die sich aus der Reform des Rentensystems ergaben (die dazu führte, dass viele Mitglieder des privaten Systems zum öffentlichen zurückkehrten), waren es dieses Jahr nur \$ 900 Mio. Das wurde jedoch durch einen viel höheren Erlös aus Exportzöllen in diesem Jahr mehr als ausgeglichen. Die Ausgaben wurden dieses Jahr gebremst, einmal durch Verringerung der Mittel für Investitionen in Infrastruktur (der Baurhythmus wurde verlangsamt, und einige Projekte wurden stillgelegt), und durch geringere Zuwendungen an Provinzen. Bei den Einnahmen wirkten sich dieses Jahr stark erhöhte Übertragungen vom ZB-Gewinn an das Schatzamt aus. Über die Veränderung der ausstehenden kurzfristigen Schulden des Schatzamtes (Zahlungen, die schon genehmigt, aber noch nicht vollzogen wurden), wurde nichts mitgeteilt; eine eventuelle (vermutete) Zunahme müsste vom Überschuss abgezogen werden.

Das britisch-australische Bergbauunternehmen Rio Tinto hat ein Projekt bekanntgegeben, das in der Legung von 350 km Schienen besteht, um Mendoza, Rio Negro und Neuquén mit der Roca-Eisenbahn zu verbinden, damit das Kalium zum Hafen befördert wird, das vom eigenen Unternehmen "Potasio Rio Colorado" stammt, für das Rio Tinto die Bergbaurechte erhalten hat. Argentinien soll mit diesem Projekt zu einem der ersten Kaliumproduzenten der Welt aufsteigen.

Der Gouverneur der Provinz Chaco, Jorge Capitanich, gab bekannt, dass das Luftfahrtunternehmen Aerochaco nächsten Monat Flüge aufnehmen wird, um Resistencia mit verschiedenen Städten des Nordens, auch mit Rosario, zu verbinden. Das Unternehmen wird von der Firma Macair betrieben, die zur Macri-Gruppe gehört.

Finanzsekretär Hernán Lorenzino gab bekannt, dass die Tilgung der Schuld mit dem Pariser Klub in Form von zahlreichen Einzelzahlungen innerhalb eines Jahres ge-

sehen werde. Es handelt sich insgesamt um 187 Kredite, die von 19 Staaten gewährt wurden. Man müsse jetzt jeden einzelnen Fall prüfen, bevor gezahlt wird. Die Information, die über den Fall vermittelt wurde, ist äusserst dürftig. Da es sich in den meisten Fällen um Kredite für Kapitalgüterlieferungen an lokale Unternehmen gehandelt hat, die von staatlichen Instituten gegen politische Risiken versichert wurden, hätten theoretisch die privaten Schuldner in Argentinien an ihre Banken zahlen müssen, wobei diese den Betrag an die ZB hätte übertragen müssen, so dass diese jetzt einfach zahlen müsste, ohne den Betrag vom Schatzamt zu beanspruchen. Wenn die ZB dabei einen Kursverlust erlitten hat, so muss sie ihn selber tragen. Und wenn die privaten Schuldner nicht gezahlt haben, müsste die ZB das Geld von ihnen und nicht vom Schatzamt fordern. Das reimt sich jedoch nicht mit dem jüngsten Dekret über die Ausgabe von Staatspapieren für diesen Zweck zusammen.

Der Gouverneur der Provinz Santa Fé, Hermes Binner, kündigte eine Erhöhung der Bewertung des landwirtschaftlichen Bodens von bis zu 500% an. Land, das bisher mit \$ 530 je Hektar bewertet wird, wird in Zukunft \$ 2.320 als Fiskalwert haben, auf den die provinzielle Immobiliensteuer berechnet wird. Die Marktwerte liegen indessen in der Regel weit über diesen Fiskalwerten, wobei es eine ungeschriebene Regel ist, dass die Fiskalwerte 50% bis 70% der Marktwerte betragen sollen, die gegenwärtig in vielen Fällen über u\$ 1.000 und auch über u\$ 5.000 liegen. Dennoch trifft die Erhöhung zu einem ungünstigen Zeitpunkt ein, wegen der intensiven Dürre, der gesunkenen Preisen für Sojabohne, Mais u.a. Produkte, der niedrigen Rinderpreise und der minimalen Rentabilität der Milchwirtschaft. Binner erklärte beiläufig, der Nationalstaat schulde der Provinz \$ 2 Mrd.

Das Schlachthaus JBS-Swift, das der brasilianischen JBS gehört, hat eine Investition von \$ 5 Mio. in ihrer Fabrik in Pontevedra, südlich der Bundeshauptstadt, in Angriff genommen, die in einem Gefrier-tunnel besteht, mit einer Lagerkapazität von 85 t pro Tag und einer Kälteerzeugung von 450.000 Frigorien pro Stunde. Die neue Anlage wird von lokalen Lieferanten errichtet. Sie erlaubt eine bedeutende Erhöhung der Erzeugung von verarbeiteten Rindfleischprodukten.

Die Dürre in weiten Gegenden des Landes lässt nicht nach. Beim Weizen hat dies schon zu einer Verringerung der gesäten Fläche von 22% geführt, wobei auch niedrigere Hektarerträge als im Vorjahr erwartet werden. Bei Mais wird mit einem Rückgang der gesäten Fläche von 18% gerechnet. In Pergamino, das zur zentralen Maisgegend gehört, hat es

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de BolsaMáximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400

2008 bisher 281,6 mm geregnet, die niedrigste Wassermenge in 100 Jahren, unter dem bisherigen Rekordtiefstand, der 1910 mit 329 mm erreicht wurde. Die Dürre hat auch zu einer hohen Sterblichkeit bei Rindern geführt. Wenn es in den nächsten Wochen ausreichend regnet, dann wird die verlorene Saatfläche mit Sojabohne bebaut, so dass der Verlust zum Teil wieder aufgeholt wird. Das Landwirtschaftsdepartement der USA (USDA) rechnet auf Grund von Satellitenaufnahmen und direkter Information für die Ernte 2008/09 mit 50,5 Mio. t Sojabohne, gegen 47 Mio. in diesem Jahr. Dennoch wird die Gesamternte weit unter den 95 Mio. t der Periode 2007/08 liegen, allerdings bei einer höheren Beteiligung von Sojabohne, die einen viel höheren Wert als Mais und Weizen hat.

Planungsminister Julio de Vido erklärte in New York, dass eine argentinische Delegation sich im November nach Houston begeben werde, um eine Ausschreibung für Forschung und Förderung von Erdöl auf dem argentinischen Kontinentalschelf in Patagonien einzuleiten.

Die Firma Emgasud (von Alejandro Ivanissevich) hat der Firma Pampa Holding (von Marcelo Mindlin) ihre Beteiligung an Ingentis für u\$ 23,8 Mio. gekauft. Angeblich verstanden sich Ivanissevich und Mindlin bezüglich der Durchführung des Projektes von Ingentis nicht, an dem die Provinz Chubut mit 39% beteiligt ist und die beiden privaten Partner mit je 30,5%. Jetzt gibt es nur einen mit 61%. Ingentis soll ein Wärmekraftwerk mit 250 MW in Dolavon, 40 Km. von Trelew entfernt, errichten. In einer zweiten Phase sollen 150 MW durch einen kombinierten Zyklus hinzugefügt werden, und in einer dritten weitere 100 MW durch Windanlagen. Die Gesamtinvestition wird auf u\$ 185 Mio. veranschlagt.

Das Gesetzesprojekt über den Staatshaushalt für 2009 sieht vor, dass das Schatzamt bis zu 30% der vom Nationalstaat und seiner unabhängigen Ämter bei der staatlichen Bank "Banco de la Nación Argentina" deponierten Fonds für die Amortisation von Staatsschulden einsetzen kann. Das bedeutet im Wesen keine Änderung der Charta der Bank, da Artikel 25 derselben vorsieht, dass der Staat befugt ist, diese

Mittel gegen spezifische Schatzamtgarantien zu verwenden. Die Banco Nación hat ohnehin schon Staatspapiere in hohem Ausmass im Portefeuille; doch mit dem System, das jetzt eingeführt wird, braucht das Schatzamt keine Zinsen auf diese Mittel zu zahlen. Die Banco Nación verdankt ihren Umfang hauptsächlich den staatlichen Depositen. Ohne dies wäre die Bank schon längst zu Grunde gegangen.

Laut Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) betrogen die Überweisungen für direkte Auslandsinvestitionen in Argentinien im Jahr 2007 u\$ 6,46 Mrd., und im 1. Halbjahr 2008 u\$ 3,66 Mrd. Im interanuellen Vergleich stellen diese Zahlen Zunahmen von 17% und 14% dar. 2007 erhielt Brasilien Auslandsinvestitionen in Höhe von u\$ 35 Mrd., Chile u\$ 14 Mrd und Kolumbien u\$ 12 Mrd.

Über 25 grosse Investitionsfonds haben schon ihr Interesse bekundet, sich dem angekündigten Umtausch der Defaultbonds anzuschliessen. In Finanzkreisen wird geschätzt, dass auf diese Weise ein Minimum von u\$ 10 Mrd. beim Umtausch gesichert ist.

Die ZB rechnet im 3. Quartal 2008 mit Nettokäufen von Devisen in Höhe von u\$ 1,3 Mrd., nachdem sie im 2.

Quartal einen negativen Saldo bei ihren Devisengeschäften von u\$ 3,5 Mrd. ausgewiesen hatte.

Ab nächster Woche tritt in Russland ein Verbot für den Import von argentinischem Obst in Kraft, das auf der Einführung neuer Sanitätsnormen fusst, die sich vornehmlich auf Restbestände von Insektenvertilgungsmitteln beziehen. Russland hat 2007 19,8% der gesamten argentinischen Obstexporte bezogen, für u\$ 185,7 Mio. Das Verbot betrifft unmittelbar Zitrusfrüchte, die in den letzten Monaten geerntet wurden. Deshalb soll beantragt werden, dass diese Exporte noch zugelassen werden, während das Grundproblem behandelt wird.

Der Vorsitzende der Regierungsfraktion (Frente para la Victoria) im Senat, Miguel Pichetto, erklärte, Präsidentin Cristina Kirchner erwäge die Möglichkeit einer Erhöhung der Pensionen und Hinterbliebenenrenten ab November dieses Jahres. Pichetto sagte auch, dass gemäss dem Projekt über Reform des Pensionierungssystems eine Erhöhung der Renten für 2009 um 18% zu erwarten sei. Die Opposition schätzt, dass es um 8% sein werden. Bisher konnte nicht erreicht werden, dass im Senat Quorum für die Behandlung des Projektes über Rentenreform besteht. Auch die Senatoren der Regierungsfraktion stehen unter Druck von Rentnern, die sich

über die Verwässerung ihrer Renten durch die Inflation beklagen. Das Versprechen einer Zulage im November dieses Jahres könnte zur Verabschiedung des Gesetzesprojektes führen.

Der Index der Industrieproduktion des Statistischen Amtes (INDEC), der als EMI ("Estimador Mensual Industrial") bezeichnet wird, weil es sich um eine Schätzung auf Grund kurzfristig verfügbarer Daten handelt, weist für August eine interanuelle Zunahme von 4,1% und gegenüber Juli von 1,1% aus. Die ersten 8 Monaten 2008 lagen um 6,3% über dem Vorjahr. Im Vorjahresvergleich stieg die Sparte "Chemikalien" mit 12,3% am meisten, gefolgt von Grundmetallindustrie mit 11% und Kfz-Industrie mit 8%. Die Nahrungsmittelindustrie weist eine Zunahme von 5,3% aus, die Produktion nicht metallischer Erze eine von 4,6% und die von Papier und Pappe eine von 2,8%. Hingegen verzeichnet die Textilindustrie eine Abnahme von 3,7% und die Erdölraffinerie eine von 1%.

Schatzsekretär Juan Carlos Pezoa erklärte vor der Budgetkommission der Deputiertenkammer in Antwort auf eine Frage, dass der Hochgeschwindigkeitszug von Buenos Aires über Rosario nach Córdoba nicht im Haushaltsprojekt für 2009 eingeschlossen sei.

Der Konzern "Pampa Energía" hat die Unterbringung von Obliga-

tionen in Höhe von u\$ 178 Mio. beendet, die für die Finanzierung der Erweiterung des Kraftwerkes Loma de la Lata, in Neuquén, bestimmt sind. Die Obligationen werden zu 11,25% verzinst, ab 5. Jahr halbjährlich amortisiert und laufen bis 2015. Die Unterbringung wurde von den Banken Standard und ABN AMRO durchgeführt.

Seit Montag laufen die neuen Turbinen im Elektrizitätswerk der Firma „Central Termoelectrica Generación Mediterranea“, die gemäß des Planes Energía Plus 120 MW erzeugen sollen. Das Projekt der Gruppe Albanesi kostete \$ 400 Mio.

Das nationale Kontrollinstanz Oncca hat bekannt gegeben, dass sie seit April (als der neue Chef Ricardo Echegaray übernahm) \$ 1,7 Mio. Subventionen an die Landwirtschaft gezahlt hat. Diese Rekordsumme erhöht den bewilligten Betrag für das gesamte Jahr 2007 in der Hälfte der Zeit.

Die Schweizer Holding Glencore hat durch ihre lokale Tochtergesellschaft Oleaginoso Moreno ein 200 ha großes Grundstück am Río Paraná im Norden von Timbúes in Santa Fe gekauft. Dort plant sie eine Ölfabrik mit einer Investition von u\$ 50 Mio. und kurz darauf einen Hafen sowie eine Bio-dieselfabrik zu bauen. Vor Jahresende soll mit den Arbeiten begonnen werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Eine Lösung für die Holdouts

Die Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner kündigte in New York, vor dem "Council on Foreign Relations" (einer privaten Institution, die hohes Ansehen genießt und bei der Gründung des argentinischen CARI, "Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales" im Jahr 1978 als Vorbild genommen wurde) überraschend an, dass eine Regelung der Schuld gegenüber denjenigen eingeleitet werde, die sich der Umschuldung von 2005 nicht angeschlossen haben. Sie sind als "Hold-outs" bekannt.

Es ist das dritte Mal in den letzten Tagen, dass die Präsidentin eine Entscheidung in einer grundsätzlichen Frage trifft, die eine Abkehr von der Politik ihres Gatten beinhaltet. Néstor Kirchner war in diesem Punkt so weit gegangen, im Umschuldungsgesetz einen Paragrafen einzufügen, der der Regierung verbietet, den Holdouts in Zukunft zu zahlen.

Die erste Entscheidung der Präsidentin im Sinne dieser Kehrtwende um 180 Grad war die Ankündigung der Zahlung der Schuld gegenüber dem Pariser

Klub. Die zweite war die These der Priorität der Inflationsbekämpfung vor der Beibehaltung des hohen realen Wechselkurses, die sie klipp und klar vor erstaunten Unternehmern am Donnerstag der Vorwoche zur Feier des Tages der Industrie äusserte. Sie sprach sich gegen Abwertung und auch gegen eine übertriebene Protektion der Industrie aus, indem sie zwischen "Protektionismus" und "Schutz" unterschied.

Diese Kehrtwende gegenüber der bisherigen Verherrlichung der Abschottung gegenüber der Welt, die als positiv hingestellt wurde, wäre mit Néstor Kirchner als Präsident kaum möglich gewesen, da dieser sich u.a. dadurch kennzeichnet, dass er stur an seinen Ideen festhält, auch wenn er dabei mit dem Kopf gegen die Wand rennt. Gatte Néstor ist in letzter Zeit sehr mit Politik beschäftigt, seit er gemerkt hat, dass ihm die Felle davonschwimmen. Er trifft mit allerlei Politikern seiner Partei zusammen, was er früher nicht getan hat, und bemüht sich, sie bei der Stange zu halten. Das erfordert viel Zeit und Mühe, so dass

er sich nicht mehr so intensiv um die Regierungsgeschäfte kümmern kann. Zum Glück!

Auf der anderen Seite merkt man, dass der Übergang von Alberto Fernández auf Sergio Massa als Kabinettschef mehr als einer Personenwechsel war. Fernández ist ein Politiker und war im Wesen nicht viel mehr als ein treuer Privatsekretär von Néstor Kirchner. Massa hingegen ist ein Verwaltungsfachmann, mit einem deutlichen Sinn für die wirtschaftliche Realität, der offensichtlich verstanden hat, dass die Zeiten sich geändert haben und etwas getan werden muss, um den Anschluss an die Welt zu finden und ein neues Default in den nächsten Jahren zu vermeiden. Er versteht sich gut mit dem schweigsamen Wirtschaftsminister Carlos Fernández und ZB-Präsident Martín Redrado, die ihrerseits auch über sachkundige Mitarbeiter verfügen, wie es der Staatssekretär für Finanzen, Hernán Lorenzino, auf der einen Seite und ZB-Direktor Carlos Pérez sind. Dass die Fachleute jetzt zu Rate gezogen werden, ist eine kleine Revoluti-

on in der Regierung des Kirchner-Ehepaares. Es ist auch eine Rückkehr zur Vernunft.

Bei den Defaultbonds geht es um einen Betrag von u\$ 21 Mrd., von dem u\$ 14 Mrd. verfallen sind und u\$ 7 Mrd. noch ausstehen. Dies bezieht sich auf das Kapital. Dann kommen noch Zinsen hinzu, so dass man insgesamt auf etwas über u\$ 30 Mrd. gelangt. Die Banken haben angeblich schon Bonds für u\$ 7 Mrd. hinter ihrem Angebot und verpflichten sich, einen Betrag (zum Nennwert) von u\$ 10 Mrd. zu erhalten, was etwa die Hälfte der ausstehenden Defaultbonds ausmacht.

Die Bedeutung der Entscheidung

Die Anerkennung der Forderungen der Holdouts als Schuld des argentinischen Staates bedeutet die Anerkennung der Grundregel der internationalen Finanzen, dass keine einseitige Aberkennung von Staatsschulden anerkannt wird. Auch wenn ein Staat seine Schulden nicht voll zahlen kann (was in der Weltgeschichte sehr oft vorgekommen ist), muss

ein Zahlungsvorschlag bestehen, in dem die Schuld als solche anerkannt wird, und der Staat im Rahmen seiner Möglichkeiten zahlt, d.h. mit Abschlag, und mit langfristigen Bonds zu niedrigen Zinsen.

Der Internationale Währungsfonds hat dieses Prinzip in seinen Statuten festgelegt, und ist somit gezwungen, im Fall Argentiniens zu fordern, dass den Holdouts ein Vorschlag unterbreitet wird, bei dem die Schuld prinzipiell anerkannt wird. Das muss der IWF auch dann fordern, wenn er keinen Kredit erteilt, sondern nur die Finanzen überwacht, wie es der Pariser Klub bei Zahlung in Raten gefordert hätte. Nachdem dieses Hindernis jetzt beseitigt wird, ist es noch unverständlicher, dass die Schuld an die Klub-Staaten in bar gezahlt wird, statt in Raten auf mehrere Jahre, zu niedrigen Zinsen. Eventuell lässt sich das jetzt noch zurecht biegen. Denn dann könnten die ZB-Reserven im Notfall für Deckung von Schuld-amortisationen eingesetzt werden, statt Bonds beim Staat von Venezuela zu über 15% unterzubringen.

Die Frage, die sich jetzt stellt ist die, ob das Problem der Aberkennung der Schuld wieder auftritt, wenn ein Teil der Inhaber der Defaultbonds diese neue Umschuldung nicht annimmt. Die argentinische Regierung müsste auf alle Fälle die Umtauschmöglichkeit für unbestimmte Zeit offen lassen, so dass das Argument an Kraft verliert, dass der argentinische Staat sich weigert, zu zahlen. Für den IWF dürfte dies ausreichen, um Argentinien normal zu behandeln. Hoffentlich begehnen die zuständigen Beamten nicht die Dummheit, den Umtausch zeitlich zu begrenzen.

Die Normalisierung der Beziehungen zum IWF, die indirekt durch die Anerkennung der Schuld gegenüber den Holdouts erreicht wird, wirkt sich auch auf die Beziehungen zur Weltbank aus, die eng mit dem Fonds zusammenarbeitet. Auch wenn es in den Statuten der Weltbank nicht geschrieben steht, dass eine Aberkennung von Staatsschulden die Aufnahme von Krediten hindert, gilt dies als ungeschriebene Regel. Argentinien hat ab 2001 die Nettoverschuldung gegenüber der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank um über u\$ 8 Mrd. abgebaut, was nicht sinnvoll ist, handelt es sich doch um langfristige Kredite zu niedrigen Zinssätzen. Zahlreiche Staat-

sinvestitionen hätten in den letzten Jahren mit Krediten dieser Institutionen finanziert werden können, wobei sich dabei (besonders bei der Weltbank) noch der Vorteil ergibt, dass eine gute Kontrolle der Projekte und deren Durchführung besteht, so dass diese viel billiger zu stehen kommen. Zum Teil ist dieser Schuldenabbau auch auf lokale Schlamperei zurückzuführen, da sich die Regierung nicht darum gekümmert hat, gut durchdachte Projekte vorzulegen. Allein, die Weltbank ist auch in dieser Hinsicht behilflich, wenn es notwendig ist und gefordert wird.

Bei ihrem Besuch in den USA hat sich Präsidentin Crsitina Kirchner auch um Kredite der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gekümmert. Es war von einem Kreditpaket beider Institute von u\$ 6 Mrd. die Rede, die bis 2011 ausgezahlt würden. Es sollte kein Problem bestehen, bis dahin u\$ 10 Mrd. zu erhalten, was beiläufig dazu dient, nicht nur Fälligkeiten gegenüber diesen Banken, sondern auch der bestehenden Staatsschuld auszugleichen.

Die Regelung der Schulden mit den Staaten des Pariser Klubs erlaubt wieder Versicherungen politischer Risiken durch die für diesen Zweck bestehenden Institute der einzelnen Staaten. Allein, damit die Banken Kredite zu vorteilhaften Bedingungen erteilen, muss auch das normale Kreditrisiko verringert werden; und in diesem Sinn ist die Anerkennung der Schuld gegenüber den Holdouts besonders wichtig. Diese Kredite, die Kapitalgüterlieferungen finanzieren, sind sowohl für staatliche wie besonders für private Investitionsprojekte sehr wichtig.

Die Regelung hat noch eine weitere wichtige Folge, nämlich, dass die Richter ihre Einstellung gegenüber dem argentinischen Staat bei Prozessen ändern, die bestimmte Gruppen von Holdouts (besonders die sogenannten Geierfonds, die diese Staatspapiere meistens auf dem sekundären Markt gekauft haben) eingeleitet haben. Miguel Kiguel, Finanzexperte und ehemaliger Staatssekretär für Finanzen (unter Minister Roque Fernández) wies in der Zeitung "Clarín" darauf hin, dass wenn sich Inhaber von 80% der ausstehenden Schuld der neuen Umschuldung anschließen, die Richter davon ausgehen werden, dass der argentinische Staat gutgläubig handelt und sich nicht wie ein fauler Schuldner benimmt, wie es bisher der Fall war. Das sei u.a.

für einen Richter wie Thomas Griesa sehr wichtig, der unlängst die These gutgeheissen hat, dass die Banco Nación nur ein Teil des Staates und somit für Staatsschulden verantwortlich sei. Wenn diese These sich durchsetzt, kann die Banco Nación kaum noch mit eigenen Filialen (in New York und Miami) tätig sein. Richter Griesa hat schon der Forderung auf Beschlagnahme von Depositen staatlicher Unternehmen und Ämter bei der Banco Nación, und auch der Pflichtreserven der Bank zugestimmt. Ebenfalls könnte dann auch die Zentralbank Schwierigkeiten bei ihren Reserven haben, und wäre auf alle Fälle bei ihren Anlagemöglichkeiten eingeschränkt. Das angelsächsische Recht, das in den USA, in Großbritannien u.a. Staaten gilt, gibt im Gegensatz zum argentinischen Recht der Substanz Vorrang vor der Form. Der Zahlungswille und das anständige Verhalten bestimmen die Urteile oft mehr als das formelle Recht.

Gewiss fehlt noch viel, damit Argentinien wieder ein normales Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft wird. Der zahlreichen Verfahren, die beim Weltbankschiedsgericht ICSID (auf spanisch CIADI) laufen, müssen auch gelöst werden. Hier verteidigt sich der argentinische Staat immer noch mit Schikanen, statt eine Kompromisslösung zu suchen, auf der Grundlage, dass effektiv Verträge einseitig gebrochen wurden, dass jedoch ein Notzustand bestand, der die strikte Einhaltung vieler Verträge nicht möglich machte.

Als letzte Stufe kommt dann die Rückkehr zum internationalen Finanzmarkt, mit Unterbringung von Staatspapieren. Dies wird jedoch jetzt durch die Finanzkrise der USA erschwert, die eine allgemeine Scheu vor Wertpapieren herbeigeführt hat, die nicht als erstklassig eingestuft werden, zu denen auch die argentinischen gehören.

Die Einzelheiten

Das Gesetz 26.017, durch das die Umschuldung im Jahr 2005 angenommen wurde, verbietet der Exekutive, die Forderungen derjenigen zu zahlen, die den Vorschlag nicht angenommen haben. Artikel 2 lautet: "Die Regierung darf bezüglich der Bonds, auf die sich Artikel 1 des Gesetzes bezieht, das Umtauschverfahren nicht wieder eröffnen, das das Dekret 1735/04 festgesetzt hat. Im Artikel 3 heisst es dann: "Es wird dem Nationalstaat verboten irgend

eine Art von gerichtlicher, aussergerichtlicher oder privater Vereinbarung in Bezug auf die Bonds einzugehen, auf die sich Artikel 1 bezieht."

Somit hätte die Regierung zuerst ein Gesetzesprojekt im Kongress einbringen und erst nach dessen Genehmigung verhandeln müssen. Das hätte die Entscheidung auf alle Fälle verzögert. Somit wurde hier ein Trick angewendet, der mit der Bank Barclays abgesprochen wurde, der darin besteht, dass diese Bank ein Angebot in Namen bestimmter Holdouts macht. Das wird im angelsächsischen Fachjargon als "reverse inquiry" bezeichnet, also auf deutsch "umgekehrtes Verfahren". Der Offerte haben sich auch die Deutsche Bank und Citigroup angeschlossen. Die Regierung kann somit das Angebot annehmen, eventuell mit Änderungen, und es dann dem Kongress vorlegen, der es voraussichtlich annehmen wird, wobei Deputierte und Senatoren, auch der Opposition, unter Druck der Unternehmerschaft und auch der Gewerkschaften stehen werden.

Diese Offerte kam nicht aus heiterem Himmel. Barclays war schon Finanzberater der Regierung der Provinz Buenos Aires, so dass die Bankvertreter eine direkte persönliche Beziehung zu Carlos Fernández und Hernán Lorenzino hatten, die damals im Wirtschaftsministerium der Provinz tätig waren. Ob die Initiative letztlich von der Bank oder von Fernández oder Lorenzino stammt, sei dahingestellt.

Das Angebot lautet konkret folgendermassen:

Die Inhaber von Staatspapieren, die sich im Defaultzustand befinden, erhalten dafür nur Discount Bonds, im gleichen Verhältnis, das bei der Umschuldung von 2005 galt. Die Option, die 2005 bestand, dass es auch Par-Bonds und Cuasipar-Bonds sein können, besteht nicht mehr. In der Praxis bedeutet dies einen Abschlag von 66% auf den Nennwert der defaultierten Bonds.

Für jede u\$ 1.000 Nennwert an Discount-Bonds muss der Gläubiger einen neuen argentinischen Bonds für u\$ 250 zeichnen. Dieser neue Bonds lautet auf Dollar, läuft auf 10 Jahre, wird zu bis zu 12,5% verzinst und soll an der Börse kotiert werden.

Es besteht keine Barzahlung, wie sie bei der Umschuldung von 2005 galt. Die angelaufenen Zinsen von 2003 bis 2005, die bei der Umschuldung von 2005 in bar be-

zahlt wurden, sollen jetzt auch in Discount-Bonds mit dem entsprechenden Abschlag bezahlt werden.

Die Zinsen, die seit der Umschuldung von 2005 angelaufen sind, werden in bar bezahlt.

Der Coupon, der an das Wachstum gebunden ist, fällt aus. Das ist gut so, da dies eine Schnaps-idee vom damaligen Minister Lavagna war, die die Inhaber der alten Bonds kaum berücksichtigt haben, und die den Staat bei den hohen Wachstumsraten der Jahr 2005/06/07 viel Geld gekostet hat.

Die Provisionen, die die Banken (Barclays, Deutsche Bank und Citigroup) fordern, die 0,50% des Betrages der nominellen Schuld,

die sich in Default befindet, ausmachen, müssen von den Inhabern der defaultierten Bonds gezahlt werden. Auf den Betrag, den die Inhaber der Defaultbonds erhalten, beträgt die Provision somit um die 1,5%.

Bei den "garantierten Darlehen" an den argentinischen Staat, die aus dem Jahr 2001 stammen, die 2005 nicht umgeschuldet wurden, wird den Inhabern ein Tausch gegen Pesobonds auf 5 Jahre mit Badlar-Zinssatz (den Satz, den lokale Banken für Depositen von \$ 1 Mio. un mehr auf 30 Tage zahlen) angeboten. Diese Darlehen bestehen gegenwärtig in Pesos und werden mit dem CER-Koeffizienten berichtet, der auf der

Grundlage des Indices der Konsumentenpreise berechnet wird. Hier besteht somit ein Konflikt wegen der Indexfälschung. Die Inhaber dieser Darlehen wissen jedoch, dass ein Prozess sehr lang dauert und auch verloren werden kann. Sie erhalten statt dessen einen Bond, dessen Verzinsung von den Banken und nicht von der Regierung abhängt. Beiläufig mit dieser Umschuldung, werden Amortisationen, die auf das Jahr 2009 entfallen und u\$ 2,8 Mrd. ausmachen, auf spätere Jahre verlegt.

Obwohl mit dieser Umschuldung die offiziell anerkannte Staatsschuld um rund u\$ 10 Mrd. zunimmt (sofern alle Inhaber der Defaultbonds zustimmen), besteht

eine unmittelbare Entlastung, einmal wegen der Hinausschiebung der Zahlungen der garantierten Darlehen und dann wegen der Zeichnung der neuen Bonds, was zusammen u\$ 5 bis u\$ 6 Mrd. ausmacht. Wenn nächstes Jahr bei der Zahlung der Staatsschuld Geld übrig bleibt, dann will die Regierung den Überschuss für den Kauf argentinischer Staatsbonds zu Marktpreisen verwenden, was die Kurse erhöhen und den Bondsinhabern im allgemeinen zum Vorteil gereichen würde. Ausserdem macht der Staat dabei ein gutes Geschäft, da die Rendite dieser Bonds auf alle Fälle höher ist, als die Zinsen, die der Staat sonst zahlt.



The Chemical Company